

**Konferenzbericht Fünfte „Kiewer Gespräche“ Green New Deal auf Ukrainisch?  
Energiesicherheit, Energieeffizienz und erneuerbare Energien – die Rolle  
Deutschlands und der Ukraine in Europa, 27.-28. April 2010 Berlin**

Im Eröffnungspanel „Die energiepolitische Bedeutung der Ukraine für Europa“ erinnert Rebecca **Harms**, MEP zu Beginn an den Reaktorunfall von Tschernobyl vor 24 Jahren. Sie führt aus, dass die Charkower Verträge für die, die die ukrainische Energiepolitik verfolgt haben nicht wirklich überraschend gekommen seien. Schon unter der Regierung Timoschenko habe es Pläne zur verstärkten Kooperation mit Russland im Atomenergiebereich gegeben. Das Problem von europäischer Seite sei, dass es keine abgestimmte europäische Energiepolitik gäbe. Die zentralen Herausforderungen für die ukrainische Energiepolitik seien es, Wege weg von der Energieverschwendung zu finden und zu verhindern, dass erneut in die Hochrisikotechnologien investiert wird. Unumgänglich dafür sei Transparenz in der Energiepolitik, eine gesellschaftliche Debatte über nachhaltige Energiestrategien, eine Verringerung der Abhängigkeit von niedrigen Energiepreisen und Verträgen zur Atomenergie von ukrainischer Seite. Von europäischer Seite muss gesehen werden, dass Europa nicht zur Sicherheit ukrainischer Atomkraftwerke beitragen kann. Der Sarkophagbau am Tschernobylreaktor sei der Versuch, zu suggerieren, man habe die Katastrophe im Griff und der Versuch, das Scheitern der Politik zu bemänteln. Eine offene Debatte über den Sinn der enormen Investitionen wird nicht geführt. Gerhard **Sabathil** Direktor für außenpolitische Strategie, Koordination und Analyse, Europäische Kommission, gibt einen Überblick über die europäischen Förderungen in der Ukraine: mit 165 Mio € jährlich steht die Ukraine an 12. Stelle, die EU Delegation in Kiew sei mit 100 Mitarbeitern die achtgrößte weltweit. Im Energiebereich werden 300 Mio € für Atomsicherheit und 100 Mio € für Energieeffizienzmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Weitere Förderungen erfolgen im zentralen Bereich des Gastransits. Die in Charkow verhandelten Verträge eröffnen der ukrainischen Regierung Handlungsspielraum durch die 30%ige Senkung des Gaspreises und eine Erleichterung des ukrainischen Haushalts um ca. 40 Mrd € jährlich. Der Bau des Sarkophags um den Tschernobylreaktor wird von Sabathil als alternativlos bezeichnet, um die notwendigen Reparaturarbeiten erst ausführen zu können - auch wenn in der Tat die Baukosten sich schon um 400 % erhöht hätten und mehrere Firmen daran gescheitert seien. Die EU ist an dem Bau zu 25% beteiligt. Der Weg zu Energieeffizienz in der Ukraine sei noch lang. Überzogene Forderungen der Ukraine an die EU seien nicht hilfreich, solange die Ukraine ihre inneren Probleme – vor allem im Bereich der Korruption – nicht lösen wird. Andri **Veselovsky**, Botschafter der Vertretung der Ukraine bei der Europäischen Union Brüssel weist auf die Brüsseler Deklaration hin, die die Modernisierung des ukrainischen

Gastransitsystems vorsieht und auf europäische Unterstützungen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Ukraine und bemerkt, dass die EU vor allem ein Interesse an der Ukraine als Energietransporteur habe. Eine einheitliche europäische Energiepolitik ist im Lissabonner Vertrag zwar vorgesehen, werde aber noch nicht praktiziert. Politiker wie Rebecca Harms, die die Ukraine kritisch, kenntnisreich und konstruktiv begleiten seien hilfreich. Von Wilfried **Jilge** auf die schleppenden Reformen, Korruption und Intransparenz der ukrainischen Energieunternehmen angesprochen bemerkt er, dass die Ukraine 2005 einen Marshall Plan gebraucht hätte, der den Weg in die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geebnet hätte. Die anschließende Diskussion drehte sich um die Ansprüche der ukrainischen Seite nach internationaler Unterstützung bei gleichzeitigem Reformstau und um Versäumnisse der EU bei der Förderung der demokratischen Transformation nach der orangenen Revolution.

Kiril **Savin**, HBS Kiew eröffnete die Diskussion um „Szenarien für eine nachhaltige Energiepolitik in der Ukraine“ mit der Frage, ob die Ukraine überhaupt eine Energiestrategie habe und inwiefern sie nachhaltig sei angesichts des Vorhabens bei fehlender Technologie und Finanzen 16 neue AKWs bis 2030 zu errichten. Claudia **Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) unterstreicht, dass die europäischen Erwartungen an die Ukraine in erster Linie eine sichere Energieversorgung betreffen, und dass in der Ukraine selbst Energieeffizienz das A und O jeder Energiepolitik sein müsse. Pro Kopf habe die Ukraine einen doppelt so hohen Energieverbrauch wie die EU. Besorgniserregend sei, dass das Abkommen von Charkow zwar kurzfristig zu wirtschaftlicher Entspannung führt, langfristig aber nicht zur Energieeffizienz beitragen würde. Volkswirtschaftlich sinnvoll seien nicht in erster Linie niedrige Energiepreise sondern Wachstumssteigerungen, die durch Investitionen in Schlüsselbereiche für die Energieeinsparung wie die Baubranche erzielt werden. Im Gasbereich seien dezentrale Kraft-Wärmekopplungen effizienter als große Fernwärmeverbände. Diese sollten in Deutschland wie in der Ukraine häufiger genutzt werden. Deutschland hat derzeit einen Weltmarktanteil von 16% an erneuerbaren Technologien. Erneuerbare Energien seien zwar teurer in der Installation aber langfristig billiger. Empfehlung Kemfert: die jetzt durch den Charkower Vertrag eingesparten Mittel in die erneuerbare Energien und Energieeffizienzprojekte investieren. Wolodymyr **Saprykin**, Razumkov Zentrum Kiew führt aus, dass die ukrainische Wirtschaft die energieintensivste der Welt sei und eine Senkung des Energieverbrauchs um 30% nötig sei. Als Haupthindernis für erfolgreiche Reformen im Energiesektor macht Saprykin die hohe Dichte illegaler Geschäfte in der Energiewirtschaft aus. Derzeit machen die ukrainischen Stromerzeuger wegen der aus politischen Gründen niedrigen Strompreise enorme Verluste. Zur Atomkraft sieht Saprykin in der Ukraine keine Alternative: derzeit stammt 50% des Stroms aus

Atomkraft. Bis 2020 sollten vier neue Blöcke errichtet werden, nicht aber 16 wie in der staatlichen Energiestrategie festgelegt. Der Kohleabbau wird stark subventioniert und ist gegenüber 2008 rückläufig. „Je mehr Geld die Kohlegruben erhalten, desto weniger fördern sie“. Die Qualität der ukrainischen Kohle sei generell nicht gut. Nötig seien neue Gesetze für die Kohleförderung, eine Reduzierung der Subventionen, realistische Preise und die Schließung von an die 100 unrentablen Kohlegruben und Kohlekraftwerken. Die Charkower Verträge interpretiert Saprykin ähnlich kritisch wie die Vorredner. Politisch sind sie als eine Überrumpfung der Ukraine durch Russland zu werten, die die Ukraine faktisch zu einem Satelliten macht, wirtschaftlich bremsen sie die dringend notwendigen Reformen im Gassektor (Transparenz vor allem in der Tarifpolitik) aus. Kredite des IWF sollten ohne Reform des Gassektors nicht vergeben werden. Die Frage stellt sich, warum die Ukraine Millionen in den Bau von AKWs und die Subventionierung der Kohlegruben investiert und wer die Reform im Gassektor blockiert.

Tobias **Münchmeyer**, Greenpeace Berlin trägt vier Thesen vor. Erstens habe Tschernobyl die Energiepolitik in der Welt verändert. Der Knick in der Nutzung der Atomenergie kam weltweit schon 1987. Nicht aber in der Ukraine, wo weiter AKWs geplant und gebaut werden. Zweitens: Die Organgene Revolution sei politisch wie energiepolitisch eine Chance gewesen, die verspielt worden sei. Die Energiestrategie der Ukraine aus dem Jahr 2006 sei ein Rückgriff auf die von 2001 und unter Nachhaltigkeitsaspekten als katastrophal einzustufen. Sie sieht eine Verdoppelung der Kohleförderung und den Bau von neuen AKWs vor. Das vorgebliche politische Ziel der Unabhängigkeit von Russland könne damit nicht erreicht werden. Drittens habe die Ukraine nach dem Kongo die höchste Energieintensität weltweit. Diese Tendenz wird sich nach den Charkower Verträgen nicht ändern. Zumal eine Nuklearholding mit Russland in Planung sei. In der Ukraine bestünde noch kein Bewusstsein für das Potential erneuerbarer Energien: schon heute wird in Deutschland mehr Energie aus erneuerbaren Technologien gewonnen als in der Ukraine aus der Nukleartechnik. Erneuerbare Energien sind eine neue Wirtschaftsbranche mit enormen Wachstumspotentialen. Diese Entwicklung ist an der Ukraine bisher vorbei gegangen. Vierte These: „Kto vinovat?“ (Wer ist schuld) Die Ukraine verfolgt seit Jahren eine falsche Preis- und Subventionspolitik. Korruption und intransparente Strukturen verhindern Änderungen. Dabei gibt es Alternativen: Biomasse und Windparks wie auf der Krim können in der Ukraine aus der Abhängigkeit von Kohle, Gas und Atom führen. Die EU vertritt zu oft die Interessen industrieller Großprojekte. Dezentrale, innovative Kleinprojekte im Energiebereich sind eine effizientere und vor allem korruptionsresistente Alternative, die von der EU zu oft vernachlässigt wird. Michail **Gontschar** vom Forschungszentrum NOMOS bezog sich in seinem Vortrag auf die häufig gestellte Frage wer die Modernisierung in der Ukraine blockiert. Er stellte dar wie sehr die ukrainische Wirtschaft auf Oligarchenstrukturen basiert

und verdeutlicht am Beispiel des 2005 vom damaligen (und heutigen) Energieminister Bojko mit Russland abgeschlossenen Gasvertrags wie durch transnationale intransparente Transaktionen unausgewiesene Gewinne für die beteiligten Parteien erwirtschaftet werden. Neben den ukrainischen Oligarchen-Politikern Firtasch, Bojko und Khoroshkovski (seit März 2010 Leiter des ukrainischen Geheimdiensts) seien an den Geschäften auch russische und westliche Strukturen und Profiteure beteiligt. Ein Zentrum dieser transnationalen intransparenten Geschäfte befindet sich in Zug in der Schweiz. Solange es keine internationale Kontrollinstanz gibt wird diese Art der internationalen Korruption weiterhin die Reformen in der Ukraine verunmöglichen. Auch Gontschar unterstrich, dass Investitionen in kurzfristige Großprojekte für Korruptionsgeschäfte vorteilhafter sind als innovative Kleinprojekte.

Die Diskussion zu Energieeffizienz wurde von Petra **Opitz** vom DIW econ mit einer Darstellung der ukrainischen Potentiale zur Effizienzsteigerung eröffnet. Diese lägen zum einen in einer Restrukturierung der Fernwärmeversorgung wo es durch veraltete Leitsysteme zu erheblichen Energieverlusten kommt. Zweitens im Bereich der Gebäudesanierung und Wärmedämmung. Hier sind jedoch Investitionen nötig, die solvente Wohnungsgenossenschaften voraussetzen. Im Bereich der industriellen Energienutzung steht die Ukraine besser da als Russland, vor allem in der Schwerindustrie gibt es aber immer noch große Einsparpotentiale. Im Energiesektor selbst gibt es hohe Verluste vor allem bei der Stromversorgung und im Gassektor. Naftogaz ist ein hoch intransparenter Akteur, der enorme Verluste schreibt. Valeri **Borovyk** von der Ukrainischen Allianz für neue Energien stellt die Arbeit der Allianz vor, die aus Unternehmern und Wissenschaftlern besteht, Ziel der Allianz sei eine im Energiebereich unabhängige Ukraine. Den Thesen von Petra Opitz schließt Borovyk sich weitgehend an. Er ergänzt, dass die Ukraine ein Gesetz zu erneuerbaren Energien verabschiedet hat, das nach deutschem Vorbild entstanden ist. Die Allianz habe die Verabschiedung dieses Gesetzes mit unterstützt. Borovyk stellt die Hauptprojekte der Allianz vor: Energiegewinnung aus Erddrehung, Gezeitenkraftwerke, Windparks auf der Krim und in den Karpaten, Erdwärme. In technologischen Zentren für Zukunftsenergien „business incubatoren“ werden die entsprechenden Techniken und Anwendungen entwickelt. Der zukunftsorientierte Vortrag schließt mit der Perspektive: „In der Ukraine wird sich alles ändern, die Ukraine wird alle überholen.“ Oleksandr **Mazurchak**, Vizeminister für Wohn- und Kommunalwesen formuliert als Ziel die Reduzierung des Gasverbrauchs um 30% in vier Jahren, dazu seien nötig – der politische Willen, Finanzmittel und gesellschaftliche Unterstützung des Anliegens. Zum politischen Willen sei zu bemerken, dass es wegen der andauernden Wahlkämpfe bisher keine Erhöhung der Energietarife gegeben habe, ohne Anhebung der Energiepreise für die Endverbraucher sei

jedoch kein Anreiz zum Energiesparen gegeben. Was die Finanzmittel betrifft so gibt es kaum solvente Hauseigentümer oder Eigentümergenossenschaften, die Kredite zur Wärmedämmung aufnehmen könnten oder entsprechende Mittel von der EU erhalten könnten. Die Kredite die es gibt seien nicht erschwinglich. Schließlich sei die Gesellschaft für die Notwendigkeit der Energieeinsparung nicht ausreichend sensibilisiert. Elena **Hoffmann**, Vorstandsmitglied des Deutsch-Ukrainischen Forums ergänzt als Problemfeld die vielen ungeklärten Eigentumsfragen und Zuständigkeiten im kommunalen Sektor. Zudem hätten Leiter von Kraftwerken keine Anreize zur Energieeinsparung. Sie schließt sich Mazurchaks Einschätzung an, dass die Gesellschaft den Mentalitätswandel von Energieverschwendung zu Energiesparen noch nicht vollzogen habe. Diejenigen, die dennoch Eigeninitiative entwickeln würden eher gebremst als ermutigt. Die Erfahrung in der DDR habe aber gezeigt, dass ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel sich unter entsprechenden Bedingungen sehr schnell und radikal einstellen könne. Wenn man den intensiven Gesetzgebungsprozess in Deutschland zur Energiereform betrachtet würde deutlich, wie viel in diesem Bereich in der Ukraine noch zu tun sei. Aufklärung der Gesellschaft, Gesetzgebungsprozesse für den Energiewandel und Finanzierungsmöglichkeiten für neue Technologien seien jetzt von Nöten.

Günther **Burger**, Stadt Freiburg beschrieb den Weg Freiburgs zu einer der im Bereich der erneuerbaren Energien führenden Kommunen in Deutschland, der mit den starken Bürgerprotesten gegen die in den 70er Jahren geplanten AKS Wyhl begann. Heute sind in Freiburg 10.000 Menschen im Bereich erneuerbare Energien beschäftigt. Für Firmen, die sich in Freiburg ansiedeln wollen, stellen die Energieeinsparungen, die durch das kommunale Energiesystem möglich sind einen Standortvorteil dar. Die Stadt bietet günstige Finanzierungsmodelle für Hausbesitzer und unterstützt energieeffizientes Bauen jährlich mit 3,5 Mio €. Ziel ist es, alle städtischen Gebäude im Lauf von 10 Jahren auf Passivhausstandard zu bringen. Die von Anatoli **Kopec** vertretene Assoziation der energieeffizienten Städte vereinigt 20 ukrainische Städte, von denen sich 12 verpflichtet haben, bis 2020 20% erneuerbare Energien zu nutzen. Die Assoziation stellt entsprechende Zertifikate für die teilnehmenden Städte aus. Die Gesetzeslage sei für ukrainische Kommunen, die eine energieeffiziente Politik einführen wollen, zwar nicht ausreichen, die Gesetzeslücken böten aber auch Handlungsfreiheit. In der Diskussion wurden Beispiele genannt, wie Bürgerinnen und Bürgervon Lemberg, die Sonnenenergie nutzen wollten, von der Seite der Stadt behindert wurden. Korruption sei das Haupthindernis für Bürgerinnen und Bürger, die in ukrainischen Städten energieeffizient wohnen und leben wollten. Die unterschiedlichen Tarife für Haushalte und Betriebe, die Schwierigkeit, genaue Zähler einzurichten, seien eine Hauptquelle für Korruption und Betrug. Auch wurde die

Notwendigkeit genannt, Sozialpolitik und Energiepreise zu entkoppeln und eine realistische Preispolitik zu betreiben.

In der AG „Nutzung von Bioenergie“ wurden Fragen diskutiert, in welchem Umfang Bioenergie bereits genutzt wird. In Pilotprojekten passiert schon viel, wie kann man aber über die Pilotphasen herauskommen? Welche Voraussetzungen, welche Finanzierungen sind nötig, welche Märkte, Investoren, welche Regierungspolitik ist nötig? Ein Modellprojekt der Stadtwerke Uelzen wurde vorgestellt, die in der Westukraine Rohstoffe für die kommunalen Pflanzenölkraftwerke produzieren. Hryhory **Geletukha** vom Zentrum für Biomasse, Kiew führt aus, dass Bioenergiewirtschaft ein interessantes Potential auf Grund der vielen Brachflächen in der Ukraine bildet und damit keine Konkurrenz zur Nahrungsproduktion bestehe. Es gebe derzeit gute gesetzliche Grundlagen für erneuerbare Energien, aber Unschärfen in der Definition und in der Umsetzung des grünen Tarifs, das Umsetzungsverfahren sei umständlich und bürokratisch. Herr **Luhmann** vom Wuppertal Institut für zukünftige Energie referierte zum gesamtpolitischen Rahmen und der europäischen Energiepolitik: man solle sich von der Frage lösen, wie die Ukraine Anträge bei der EU stellen kann sondern sollte versuchen, funktionierende Marktmechanismen zu entwickeln und die Ukraine als „low carbon society“ zu positionieren. Die Ukraine könne Produzent erneuerbarer Energien für den EU Markt werden und dadurch in eine win-win Situation mit der EU geraten. Finanzierungsinstrumente der Eastern Partnership für Pilotprojekte wurden ebenfalls diskutiert. Der Bedarf an Kreditinstrumenten für das große Potential an erneuerbaren Energien wurde vermerkt. Anreize zur Umsetzung werden bei den niedrigen Energiepreisen aber ausbleiben.

Die AG „Atomkraft nach Tschernobyl?“ führte nach Moderator Walter **Mossmann** Teilnehmer aus zwei verschiedenen Welten zusammen – zum einen Teilnehmer aus einer Welt in der die Atomkraft mit enormen gesellschaftlichen Folgen diskutiert wird, zum anderen Teilnehmer, die in der Sowjetunion mit der Atomtechnik lange mit dem Bewusstsein einer „Erlösungstechnologie“ gelebt haben. Dabei sei aber eine sehr produktive und lebendige Diskussion entstanden, in der beide Seiten viele ihrer Erfahrungen und Einschätzungen preisgegeben haben und lebhaft diskutiert haben. Kritik an der Atomindustrie war auch in Deutschland lange ein absolut marginales Denken, das dann – noch vor Tschernobyl - zu einem gesellschaftlich breit diskutierten Thema – jenseits der „German Angst“ wurde – das sei kein deutscher Sonderweg gewesen, sondern in den 70er Jahren in ganz Westeuropa verbreitet. Die ukrainische Seite bedauerte dabei, dass es in der Ukraine bis heute kaum eine öffentliche Diskussion um Alternativen zur Atomtechnologie gebe.

Die Abschlussdiskussion wurde von Oleksandr **Todiychuk** vom Institut für Energieeffizienz am Institut für Management Kiew eröffnet: Neben dem Nachdenken über die internationalen Verträge und die zwischenstaatliche Politik sei es wichtig, die gesellschaftlichen Entwicklungen und die Politik der kleinen Schritte zu verfolgen, die oft zielführender sei. In der Ukraine bestehe derzeit eine geringe Bereitschaft, die Energiestrategien ihrer EU Nachbarstaaten zu studieren. Europa müsse bedenken, was teurer sei: wenn die Ukraine unter den energiepolitischen und wirtschaftlichen Einfluss Russlands gerate oder wenn die Ukraine assoziiertes Mitglied der EU wäre. Die Ukraine müsse sich bemühen, im Energiebereich von Russland unabhängig zu werden, was durch alternative Energien und Energieeffizienz auch möglich sei. In der Abschlussdiskussion ging es um die Voraussetzungen für Energieeffizienz und Energiesparen in der Ukraine, in der die während der Konferenztage genannten Empfehlungen wiederholt, vertieft und variiert wurden. Einigkeit bestand in der zentralen Rolle von Transparenz und gesellschaftlich-politischer Kontrolle, ohne die die weitere Verschleppung notwendiger Reformen im ukrainischen und damit gesamteuropäischen Energiesektor vorgegeben sei. Das Vorhaben, die kommenden sechsten „Kiewer Gespräche“ dem Thema Transparenz, Zugang zu Informationen und öffentlicher Kontrolle“ zu widmen wurde positiv kommentiert.

### **Anhang:**

#### Ausführliches Protokoll der Arbeitsgruppe 1

In der ersten Arbeitsgruppe am 28.04.2010 von 11.30 – 13.30 Uhr wurde mit Herrn Geletukha vom Zentrum für Biomasse aus Kiew, mit Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal Institut für zukünftige Energie und mit Falk-Wilhelm Schulz von den Stadtwerken Uelzen und Geschäftsführer der Sustainable Bioenergy GmbH Holding über die Nutzung von Bioenergie in der Ukraine und in Deutschland diskutiert.

Herr Schulz erläuterte in seinem Eingangsbeitrag das Projekt, welches die Stadtwerke Uelzen in der Ukraine ins Leben gerufen haben. So haben sie nach einer fünfjährigen Testphase im Jahr 2006 einen Motor auf Pflanzenöl umgerüstet und seit 2007 ist die Stadt gemeinsam mit Schwäbisch Hall aktiv in der Landwirtschaft in der Ukraine und bewirtschaftet dort ca. 5000 Hektar Bodenfläche mit Getreide und Raps mit 70 Mitarbeitern. Das Projekt, welches vom Staat nicht finanziert wird, ist langfristig angelegt (der Pachtvertrag für die Agrarflächen läuft über 15 Jahre) und fungiert als Pilotprojekt für die Nutzung von Bioenergie in der Ukraine. Herr Schulz betonte, dass sie in der Ukraine sehr freundlich aufgenommen worden sind und sehr gute Startmöglichkeiten vorgefunden haben, obwohl die

Ukraine zu den Stadtwerken, wie es sie in Deutschland gibt kein Pendant hat und die Strukturen allgemein andere sind.

Im Anschluss an den Beitrag von Herrn Schulz stellte Herr Geletukha mit vielen Zahlen und Fakten dar, welche Potentiale die Ukraine im Bezug auf die Energiegewinnung durch Biomasse hat. So verfügt die Ukraine über 4-5 Millionen Hektar freie Agrarflächen, die momentan nicht bewirtschaftet werden und deren Nutzung zur Energiegewinnung somit auch nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen würde. Er stellt jedoch auch klar heraus, dass nicht das Potential das Problem ist, sondern die Frage, wie die Erzeugung von 18 Millionen Tonnen an Kohleäquivalent wirtschaftlich umgesetzt werden kann. In der Ukraine werden Kessel zur Verbrennung von Biomasse bis zu einer Leistung von 2 Megawatt hergestellt, leistungsstärkere Maschinen müssen in Deutschland eingekauft werden. Während die Amortisationsrate für inländische Technologie unter Berücksichtigung des Grünen Tarifs bei 3-5 Jahren liegt, amortisieren sich ausländische Technologien erst nach 6-8 Jahren, was für die meisten ukrainischen Unternehmen zu lang ist. Daher plädierte Herr Geletukha dafür, Joint Ventures zu bilden und die Arbeitskräfte in der Ukraine zu nutzen, um die Preise zu senken und auch für ukrainische Unternehmen erschwinglich bzw. attraktiv zu machen.

Herr Luhmann als Politikspezialist stellte die Struktur der europäischen Nachbarschaftspolitik im Bezug auf erneuerbare Energien dar. Dazu gehört erstens die europäische Energiepolitik und -sicherheit. Zweitens ist die EU im Rahmen der Klimapolitik, die nicht multilateral auf UN- sondern auf europäischer Ebene erfolgt, am Ausbau der erneuerbaren Energien interessiert. So sollen klimapolitische Elemente die Reduzierung von Treibhausmission in den jeweiligen Mitgliedstaaten bewirken. Der dritte Bereich ist die Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien. Denn die EU will den Anteil der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen erhöhen, wobei die Quelle nicht unbedingt in der EU selbst liegen muss. Diese drei Bereiche bieten jeweils Finanzierungsoptionen, die allerdings teilweise in Konkurrenz zueinander stehen. Finanzierungsoptionen seien nicht nur im bankrechtlichen Sinne zu verstehen, sondern z.B. auch als Form einer Mehrkostenzuwendung. Die Ukraine müsse sich entscheiden wie sie ihr großes Flächenpotential einsetzen will.

Nachdem Herr Geletukha in seiner Präsentation auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien, wie den Grünen Tarif in der Ukraine angesprochen hatte, kam in der anschließenden Diskussion heraus, dass sich das schriftliche Recht und die Realität noch sehr unterscheiden, da bisher erst ein paar Windkraft- und Wasserkraftwerke den Grünen Tarif erhalten haben. In der Diskussionsrunde gab es zum Einen konkrete Nachfragen zum Projekt der Stadtwerke Uelzen. So berichtete Herr Schulz, dass die Nahrungsmittel, die sie herstellen vor Ort vermarktet werden und die

Rohstoffe zur Herstellung von Pflanzenöl zu Weltmarktpreisen verkauft werden. Die Stadt Uelzen unterhält Kooperationen mit den Pflanzenölkonzernen in Deutschland, so dass über einen Ausgleich die Versorgung des Motors, der auf Pflanzenöl läuft, sichergestellt ist. Zum Anderen wurde auch diskutiert, wie ein Mentalitätswechsel im Hinblick auf Energieeinsparung in der Ukraine vollbracht werden kann. Die Referenten waren sich einig, dass sich dies am Effektivsten über „den Geldbeutel“ also über eine Erhöhung der Energiepreise erreichen ließe. Auch die Diskussion über die finanzielle Hilfe, die seitens der Ukraine von der europäischen Union gefordert wurde, kam auf. Aus dem Plenum kam der Einwand, dass die Ukraine meist nur fordere und nicht erwarten kann, dass z.B. deutsche Unternehmen die Investitionen alleine tätigen. Herr Luhmann wies außerdem noch einmal deutlich darauf hin, dass die Unternehmen konkrete Rahmenbedingungen brauchen und Finanzierung nicht immer gleich Geld bedeutet, sondern auch Knappheiten geschaffen werden können, die Geld wert sind.